

CDU will Windenergie bremsen

Kreisverband: Ein erfolgreicher Antrag beim Parteitag soll die Planungshoheit der Kommunen stärken. Damit soll Windkraft „sozial verträglicher“ werden

■ **Kreis Paderborn.** Als ein richtungsweisendes Signal für mehr Bürgerfreundlichkeit und Sozialverträglichkeit beim Ausbau von Windenergie im Kreis Paderborn bezeichnet der CDU-Kreisvorsitzende Christoph Rüter in einer Pressemitteilung den erfolgreichen Vorstoß des Kreisverbandes beim CDU-Bundesparteitag in Hamburg. Mit deutlicher Mehrheit hatten die Delegierten für die Annahme des Antrags votiert.

Rüter sieht in der zunächst auf Parteiebene beschlossenen Abschaffung der umstrittenen Privilegierung des Windenergieausbaus eine Befriedung für alle in diesem Thema agierenden Akteure. „Wenn die Planungshoheit für Windenergiegebiete und Einzelanlagen erst wieder bei den Städten und Gemeinden liegt, ist endlich eindeutiges Planungsrecht geschaffen.“ Durch die bisherige Rechtsunsicherheit seien in den vergangenen Jahren leider auch viele Befürworter alternativer Energieformen verprellt und zu Windkraftgegnern geworden.

Der Kreis Paderborn sei über mehr als zwei Jahrzehnte Vorreiter für die industrielle Nutzung der Windkraft und habe bundesweit Zeichen gesetzt gegen die Abhängigkeit von Energieimporten oder Atomkraft. „Jetzt geht es aber darum, die ohnehin fragiler gewordene Akzeptanz der Bürger für weiterer Windenergieanlagen über die bereits vorhandenen mehr als 480 hinaus zu deckeln. Und deshalb gehört die Planungshoheit in die Hände der Kommunen und ihrer Ratsvertreter vor Ort.“

„Die Abschaffung der planungsrechtlichen Bevorzugung der Windenergie ist eine jahrelange Forderung unseres



Typisch für die Paderborner Hochfläche: Wie hier bei Neuenbeken entstehen an vielen Orten neue Windriesen.

FOTO: WESTFALEN WESER ENERGIE

CDU-Kreisverbandes Paderborn. Die Umsetzung scheiterte bislang aber immer am Widerstand des Koalitionspartners“, zieht Wange Bilanz. Zusammen mit Kevin Gniosdorff (JU) hatte er als Delegierter beim Bundesparteitag den Antrag gestellt und vor allem mit der Wiedergewinnung des sozialen Friedens in den Städten und Dörfern be-

gründet. „Sozial verträglicher und bürgerfreundlicher Windenergieausbau kann erfahrungsgemäß nur gelingen, wenn die Planungshoheit wieder bei den Kommunen liegt. Wir müssen verhindern, dass Gerichte anstelle der Kommunalpolitiker entscheiden müssen, wo Windräder gesellschaftlich konsensfähig gebaut werden dürfen.“

